

EURO-LETTER

Monatliches elektronisches Nachrichtenbulletin der ILGA-Europa für Politik und Rechte von LGBT

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lglf.de>; Miguel Freitas für die portugiesischen und Pantelis Ravdas und Danae Panagiotopoulou für die griechischen Übersetzungen.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

Der Euro-Letter wird von der ILGA-Europa – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- **KAMPAGNE DER ILGA-EUROPA ZUR NEUEN EU-ANTIDISKRIMINIERUNGSRICHTLINIE**
- **POLIZEIRAZZIEN BEI MITGLIEDS- UND PARTNERORGANISATIONEN DER ILGA-EUROPA**
- **ILGA-EUROPA SUCHT BERATER/IN**

EUROPA

- **MENSCHENRECHTSKOMMISSAR HAMMARBERG SPRICHT ÜBER HOMOPHOBIE UND FORDERT MEHR SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG VON LGBT**
- **EUROPARAT**

LGBT-FAMILIEN

- **IRLAND ERKENNT GLEICHGESCHLECHTLICHE DE-FACTO-FAMILIEN AN**
- **IRLAND: GEMISCHTE REAKTION AUF PLÄNE FÜR EINE ZIVILE PARTNERSCHAFT**
- **GRIECHENLAND ERWÄGT ANERKENNUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER PAARE**
- **BULGARIEN WILL ZIVILE PARTNERSCHAFT EINFÜHREN, ABER NUR FÜR HETEROPAARE**

TRANSGENDER

- **UMFASSENDE EUROPÄISCHE STUDIE ZU RECHTEN VON TRANSGENDER-PERSONEN UND IHREN ERFAHRUNGEN IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG VERÖFFENTLICHT**
- **GEMEINSAM STÄRKER – GLEICHSTELLUNG VON TRANS-PERSONEN BEI UNISON**

SCHWARZES BRETT

- **NEUES RÜSTZEUG FÜR LGBT-FRAGEN IN DEN MEDIEN**
- **AUFRUF ZU VORSCHLÄGEN: 2. INTERNATIONALE WORLD OUTGAMES KONFERENZ, KOPENHAGEN 2009**

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.

ILGA-EUROPA

KAMPAGNE DER ILGA-EUROPA ZUR NEUEN EU-ANTIDISKRIMINIERUNGSRICHTLINIE

Von Evelyne Paradis, leitende Politikmitarbeiterin der ILGA-Europa

Die Kampagne zur Rettung einer neuen Richtlinie zur Antidiskriminierung, die alle Diskriminierungsmerkmale (Behinderung, Lebensalter, Religion und Weltanschauung sowie sexuelle Orientierung) abdeckt, geht weiter!

Europaparlamentsabgeordnete Liz Lynne startete am 17. April eine Petition mit der Aufforderung an die Kommission und die Mitgliedstaaten, eine ausführliche und umfassende Richtlinie zur Antidiskriminierung auf den Weg zu bringen.

BITTE UNTERZEICHNEN SIE DIESE PETITION UND SORGEN SIE FÜR EINE UMFANGREICHE VERBREITUNG!

Wir brauchen jede Unterstützung, um sicherzustellen, dass die Kommission im kommenden Juni eine Gesetzgebung zur Antidiskriminierung vorschlägt, die alle Diskriminierungsmerkmale abdeckt und nicht nur das der Behinderung.

Die Petition ist zu finden unter: www.signtostopdiscrimination.org

Es dauert zwei bis drei Minuten, sie zu unterzeichnen, und hilft uns bei unserem Engagement! Weiter unten finden Sie unsere Medienmitteilung zur Intensivierung der Kampagne für die Richtlinie:

Vielen Dank im Voraus für Ihre fortdauernde Unterstützung!

ILGA-EUROPA INTENSIVIERT IHRE KAMPAGNE ZUM EINBEZUG VON SEXUELLER ORIENTIERUNG ALS DISKRIMINIERUNGSMERKMAL IN DIE NEUE ANTIDISKRIMINIERUNGSRICHTLINIE DER EU

Pressemitteilung der ILGA-Europa, 09.04.2008

In den kommenden Monaten wird von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat über das Schicksal einer EU-Richtlinie entschieden, die vor Diskriminierung aufgrund von Lebensalter, einer Behinderung, sexueller Orientierung sowie Religion und Weltanschauung in allen Lebensbereichen schützen soll. Gegenwärtig gibt es Anzeichen, dass sexuelle Orientierung, Lebensalter sowie Religion und Weltanschauung nicht in die Richtlinie einbezogen werden. Die ILGA-Europa fordert alle auf, sich ihrer Kampagne anzuschließen, um zu gewährleisten, dass eine umfassende neue EU-Richtlinie vorgeschlagen und verabschiedet wird, die vor Diskriminierung aufgrund aller Beweggründe und in allen Lebensbereichen schützt.

Die ILGA-Europa und andere europäische Netzwerke, die gegen Diskriminierung aufgrund von Lebensalter, einer Behinderung sowie Religion und Weltanschauung kämpfen, fordern seit Jahren eine harmonisierte EU-Gesetzgebung zur Antidiskriminierung, mit der die Hierarchie von Rechten und Schutzvorkehrungen abgeschafft würde, die zur Zeit im EU-Recht gilt:

- **Ethnische Herkunft und Zugehörigkeit:**
Diskriminierung ist in **allen Lebensbereichen** verboten.
- **Geschlecht:**
Diskriminierung ist in der **Beschäftigung** und beim **Zugang zu Gütern und Dienstleistungen** verboten.
- **Sexuelle Orientierung, Lebensalter, Behinderung, Religion und Weltanschauung:**
Diskriminierung ist nur in der **Beschäftigung** verboten.

Herr Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, gab 2004 ein Versprechen ab, nachdem das Europäische Parlament die vorgeschlagene Kommission wegen des fragwürdigen Menschenrechtsleumunds von Herrn Buttiglione abgelehnt hatte. In einer Erklärung vor dem Parlament versprach er, persönlich dafür zu sorgen, dass der rechtliche Schutz vor Diskriminierung auf alle Formen der Diskriminierung ausgeweitet würde. Das Europäische Parlament forderte solch eine Richtlinie in den vergangenen acht Jahren mindestens bei sieben Anlässen.

Deborah Lambillotte, Ko-Vorsitzende im ILGA-Europa-Vorstand, erklärte:
"Wir sind besorgt über Anzeichen, dass das Vorhaben einer Richtlinie, die alle Diskriminierungsmerkmale umfasst und auf alle Lebensbereiche anwendbar ist, in der Kommission verworfen werden könnte. Wir möchten die europäischen Entscheidungsträger/innen daran erinnern, dass die Prinzipien der Menschenrechte und Gleichstellung die Grundlage sind, auf der die gegenwärtige Kommission durch das Europäische Parlament vor vier Jahren bestätigt wurde. Die Kommission muss ihre Versprechen einlösen, eine solche Richtlinie verabschieden und damit beweisen, dass die 2004 eingegangene Verpflichtung nicht nur ein leeres Versprechen waren."

Martin K. I. Christensen, Ko-Vorsitzender im ILGA-Europa-Vorstand, erklärte weiter:
"Wir fordern alle unsere Mitglieder in der Europäischen Union sowie alle unsere Verbündeten und Unterstützer/innen auf, sich aktiv an dieser Kampagne zu beteiligen. Nehmen Sie Kontakt mit Ihrem Kommissionsmitglied auf, sprechen Sie Ihre Regierungsvertreter/innen an. Machen Sie sie darauf aufmerksam, dass Lesben, Schwule und Bisexuelle in Europa immer noch unter Diskriminierung im Bildungsbereich, bei der Gesundheitsversorgung sowie beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen leiden, und, dass sie geschützt werden müssen.

Diskriminierung ist nicht nur ein abstraktes Konzept. Diskriminierung ist für viele Menschen eine verhängnisvoll gelebte Realität. Mobilisieren Sie Ihre Mitglieder, Kollegen/innen, Freunde/innen und Verwandte, um eine klare Forderung an die Kommission und Ihre Regierung aufzustellen – die gegenwärtige EU-Hierarchie beim Schutz vor Diskriminierung muss jetzt aufhören! Fordern Sie sie auf, sicherzustellen, dass jede/r in der EU gleichermaßen vor Diskriminierung geschützt wird."

Weitere Informationen über die Kampagne für eine neue EU-Gesetzgebung zur Antidiskriminierung, einschließlich der zugrunde liegenden Dokumente, Quellen und Informationen, Ratschläge, Vorschläge zur Mitwirkung in der Kampagne sowie Aktivitäten, um die Kampagne voran zu bringen, sind auf unserer Website verfügbar unter:

www.ilga-europe.org/europe/campaigns_projects/campaign_for_a_new_european_anti_discrimination_legislation

POLIZEIRAZZIEN BEI MITGLIEDS- UND PARTNERORGANISATIONEN DER ILGA-EUROPA

Von Aija Salo, Programm- und Politikmitarbeiter der ILGA-Europa

Am 08. und 09. April führte die Polizei Razzien in den Räumlichkeiten von zwei Partnerorganisationen der ILGA-Europa durch: Bei der Frauenorganisation für Lesben und Transgender-Personen Labrys in Bischkek, Kirgisistan, und bei Lambdaistanbul in der Türkei. Bei beiden Razzien wurden die Personalien der Anwesenden überprüft und die Organisationen aufgefordert, alle ihre Organisationsunterlagen vorzulegen. Die Polizei beschuldigte beide Organisationen fälschlicherweise der Prostitution. In Kirgisistan dokumentierten Aktivist/innen die Razzia mit Video und Kameras. Außerdem waren Vertreter/innen internationaler NGOs anwesend. Die Razzien haben Sorgen der Zivilgesellschaft über die Sicherheit von Menschenrechtsverteidigern/innen ausgelöst.

Ein weiterer Verstoß gegen das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit wird weiterhin in der Türkei praktiziert: Lambdaistanbul war seinem fünften Gerichtsverfahren in einem von den türkischen Behörden am 17. April 2007 eröffneten Schließungsprozess ausgesetzt. Das Verfahren wurde diesmal erneut auf den 29. Mai vertagt, weil der Expertenbericht der Regierung zu spät vorlag. Die türkischen Aktivisten/innen hoffen, dass das nächste Gerichtsverfahren der frustrierenden Verletzung der Vereinigungsfreiheit von LGBT ein Ende setzt.

ILGA-EUROPA SUCHT BERATER/IN

Von Aija Salo, Programm- und Politikmitarbeiter der ILGA-Europa

Die ILGA-Europa sucht eine/n Berater/in zum Verfassen eines praktischen Handbuchs für eine basisorientierte Interessenvertretung im Rahmen der Menschenrechte von LGBT in einem osteuropäischen und zentralasiatischen Zusammenhang gemeinsam mit der ILGA-Europa. Der geschätzte Arbeitsaufwand für den/die Berater/in beträgt 25-30 Tage. Die Bruttovergütung beläuft sich auf € 10.000.

Der/die Berater/in muss ausreichende Kenntnis und Erfahrung in folgenden Bereichen haben:

- Interessenvertretung und Lobbyarbeit für Minderheitenrechte unter schwierigen Bedingungen
- Internationale Schutzmechanismen der Menschenrechte und regierungsübergreifende institutionelle Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte von LGBT
- Arbeitsweisen und Strukturen von NGOs
- Kultureller Kontext in osteuropäischen und zentralasiatischen Ländern
- Englische Sprache (ausgezeichnete Kenntnis)

Es empfiehlt sich, außerdem Kenntnisse in folgenden Bereichen mitzubringen:

- Vielfalt der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck
- Methoden der Kompetenzbildung
- Menschenrechtssituation in osteuropäischen und zentralasiatischen Staaten, einschließlich der Menschenrechte von LGBT
- Russische Sprache

Fristende für Bewerbungen ist der 18. Mai 2008. Das Handbuch sollte zum Layout bis Ende Oktober 2008 fertiggestellt und bis zum Ende des Jahres zum Druck zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Website der ILGA-Europa unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/about_us/job_opportunity

EUROPA

MENSCHENRECHTSKOMMISSAR HAMMARBERG SPRICHT HOMOPHOBIE AN UND FORDERT MEHR SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG VON LGBT

Quelle: Europarat

Die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) [Alliance of Liberals and Democrats for Europe] im europäischen Parlament organisierte am 17. April 2008 eine Konferenz zu LGBT-Rechten. Thomas Hammarberg, aktiver Menschenrechtsverteidiger für LGBT, übermittelte dazu eine weitere eindringlich unterstützende Videobotschaft.

"Als ich das Amt übernahm, war ich von dem Ausmaß an Homophobie in einer Reihe von europäischen Ländern ziemlich erschrocken", erklärte der Menschenrechtskommissar in seiner Videobotschaft. Er meldete mehrere Bedenken hinsichtlich des tatsächlichen Respekts der Rechte von LGBT an, insbesondere vor Verbrechen aus Hass sowie Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und der Geschlechtsidentität geschützt zu sein. Er unterstrich außerdem das Recht auf Versammlungsfreiheit bei friedlichen Pride Paraden: Es sollte von nationalen und lokalen Behörden nicht behindert werden.

Thomas Hammarberg ging auf die weit verbreitete Diskriminierung von LGBT und die Notwendigkeit einer umfassenden und alle Diskriminierungstatbestände einbeziehenden Gesetzgebung zur Antidiskriminierung ein. "Regelungen und Gesetze sollten alle Diskriminierungsmerkmale auflisten, einschließlich der sexuellen Orientierung, was nicht immer der Fall ist." Schließlich unterstrich der Kommissar die Bedeutung der Yogyakarta-Prinzipien, eine weltweite Initiative von Rechtsanwälten, in der die internationale Menschenrechtsgesetzgebung aus der Sicht von LGBT analysiert wird, und ihre Relevanz für den zukünftigen Respekt vor Menschenrechten für alle.

Sie können sich die vollständige Videobotschaft auf der Website des Menschenrechtskommissars ansehen unter: http://www.coe.int/t/commissioner/default_EN.asp

EUROPARAT

Von Nigel Warner, ILGA-Europa-Berater für den Europarat

In den letzten Monaten hat es eine Reihe von wichtigen Entwicklungen beim Europarat gegeben:

A – REGIERUNGSÜBERGREIFENDE ABKOMMEN

A.1 – REVIDIERTES EUROPÄISCHES ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE ADOPTION VON KINDERN

Das ursprüngliche Übereinkommen über die Adoption von Kindern aus dem Jahr 1967 beschränkte die Adoption auf verheiratete Paare oder Einzelpersonen. Artikel 6 lautet:

1. Die Rechtsordnung darf die Adoption eines Kindes nur zwei miteinander verheirateten Personen, ob sie nun gleichzeitig oder nacheinander annehmen, oder einer Person allein gestatten.

Im März 2008 verabschiedete das Ministerkomitee ein revidiertes Übereinkommen, in dem die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare das erste Mal in einer internationalen Vereinbarung zur Adoption anerkannt wird. Während in dem Übereinkommen nicht darauf bestanden wird, dass Vertragsparteien [Unterzeichnerstaaten] gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption erlauben müssen, wird Vertragsparteien, die gleichgeschlechtliche Paare bei der Adoption anerkennen wollen, das erlaubt. Es war mir nicht möglich, den abschließenden Text auf der Website des Europarats zu finden, aber der folgende Artikel stammt aus dem von der Parlamentarischen Versammlung revidierten Entwurf und hat sich meiner Ansicht nach nicht geändert.

Artikel 7 – Voraussetzungen für die Adoption

1. Die Rechtsordnung darf die Adoption eines Kindes gestatten:

- a. bei zwei Personen unterschiedlichen Geschlechts, die
 - i. miteinander verheiratet sind oder,
 - ii. wo eine solche Möglichkeit besteht, miteinander eine eingetragene Partnerschaft eingegangen sind;
 - iii. bei einer Person allein.

2. Es liegt im Ermessen der Staaten, den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens auf gleichgeschlechtliche Paare auszuweiten, die verheiratet sind oder eine eingetragene Partnerschaft geschlossen haben. Es liegt außerdem in ihrem Ermessen, den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens auf gleichgeschlechtliche Paare auszuweiten, die in einer stabilen Partnerschaft zusammen leben.

Den vollständigen Text des Übereinkommens können Sie einsehen unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc07/EDOC11274.htm>

A.2 – KONVENTION DES EUROPARATS ZUM SCHUTZ VON KINDERN VOR SEXUELLER AUSBEUTUNG UND SEXUELLEM MISSBRAUCH

Diese Konvention wurde im Oktober 2007 zur Ratifizierung ausgelegt. In ihrem Artikel zur Nichtdiskriminierung wird spezifischer Bezug auf sexuelle Orientierung genommen. Ich glaube, dass dies die erste internationale Vereinbarung außerhalb der Europäischen Union mit einem solchen Bezug ist. Der Artikel lautet wie folgt:

Artikel 2 – Prinzip der Nichtdiskriminierung

Bei der Umsetzung der Bestimmungen dieser Konvention soll durch die Vertragsparteien, insbesondere der Genuss von Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Opfer, ohne Diskriminierung wegen des Geschlechts, der Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Verbindung mit einer nationalen Minderheit, des Eigentums, des Vermögens, der Geburt, der sexuellen Orientierung, des Gesundheitszustands, einer Behinderung oder des sonstigen Status sichergestellt werden.

Der vollständige Text ist zu finden unter:

<http://conventions.coe.int/Treaty/EN/treaties/Html/201.htm>

B – ERKLÄRUNGEN DES MINISTERKOMITEES

In den letzten Monaten hat das Ministerkomitee zwei wichtige Erklärungen im Rahmen von Antworten an schriftliche Anfragen von der Parlamentarischen Versammlung zur Verweigerung der Rechte der Versammlungsfreiheit von LGBT in Russland und Litauen abgegeben. Die vollständigen Texte sind einzusehen unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc08/EDOC11557.htm>
<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc08/EDOC11560.htm>

Die Bedeutung dieser Antworten geht über die Bestätigung des Rechts von LGBT auf Versammlungsfreiheit durch das Ministerkomitee hinaus, weil sie eine Verpflichtung enthalten, positive Maßnahmen zur Unterstützung von LGBT-Rechten zu ergreifen:

Das Ministerkomitee will "Überlegungen anstellen, wie die Aktivitäten des Europarats in diesem Bereich ausgeweitet werden können, um mehr Synergie [Energie, die für die gemeinsame Erfüllung von Aufgaben zur Verfügung steht], Koordination und substanzielle Ergebnisse zu erreichen und hat die entsprechenden Dienste des Sekretariats angewiesen, Vorschläge dafür zu unterbreiten".

Das ist der erste Anlass, bei dem das Ministerkomitee dazu übergegangen ist, positive Maßnahmen in Bezug auf LGBT-Rechte zu ergreifen. Es könnte deshalb eine sehr wichtige Entwicklung darstellen.

C – PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Selbstmord von Kindern und Teenagern

Während ihrer Sitzungsperiode im April verabschiedete die Parlamentarische Versammlung eine Resolution zu "Selbstmord von Kindern und Teenagern", in der wertvolle Hinweise auf die Probleme von LGBT-Teenagern gegeben wurden. In vier Redebeiträgen während der Debatte wurde ebenfalls Bezug auf das Thema genommen. Es folgen Textausschnitte aus der Resolution:

9. Sie bestätigt die Bedeutung, die sie dem Respekt politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, sexueller und physischer Unterschiede beimisst. Deshalb verurteilt sie aufs Schärfste alle Formen religiöser, ethnischer und sexueller Diskriminierung und bestätigt ihre Verpflichtung, Rassismus, Homophobie und das allen sexuellen Verhaltensweisen einschließlich der Transsexualität anhaftende Stigma zu bekämpfen.

10. Die Versammlung ist über Erkenntnisse besorgt, dass die Selbstmordgefährdung unter jungen Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen signifikant höher ist, als allgemein in der jungen Bevölkerung. Sie stellt fest, dass dieses erhöhte Risiko nicht von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität abhängt, sondern von der Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung, der sie wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ausgesetzt sind. In dieser Hinsicht hat das erhöhte Risiko eine bedeutende Menschenrechtsdimension.

Siehe:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta08/ERES1608.htm>

LGBT-FAMILIEN

IRLAND ERKENNT GLEICHGESCHLECHTLICHE DE-FACTO-FAMILIEN AN

Quelle: Medienmitteilung von GLEN, 17. April 2008

GLEN [Gay and Lesbian Equality Network – Gleichstellungsnetzwerk für Lesben und Schwule] ist hoch erfreut über das Urteil von Richter Hedigan, dass ein lesbisches Paar und ihr Kind eine de facto Familie [nichteheliche Lebensgemeinschaft] sind, gemeinsam mit anderen irischen de facto Familien gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention.

"Das ist eine höchst bedeutsame Anerkennung der Existenz und zunehmenden Zahlen von gleichgeschlechtlichen Paaren, die Eltern von Kindern in Irland sind. Diese Familien wünschen und brauchen die [rechtliche] Anerkennung ihres Familienlebens, um die Interessen und das Wohlergehen ihrer Kinder zu schützen", erklärt Eoin Collins, Leiter von Policy Chance.

"GLEN begrüßt außerdem die Forderung von Richter Hedigan nach dringender Inangriffnahme einer Bestimmung durch den Gesetzgeber für die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare, die Fragen der Kinder und Elternschaft berücksichtigt. Das von Richter Hedigan betonte Prinzip, dass das Wohl des Kindes an erster Stelle steht, sollte dem Rahmen jeder Gesetzgebung zugrunde liegen.

"Dieser Fall zeigt die Bedeutung und Dringlichkeit des Einbezugs einer Bestimmung für Rechtsfragen der Elternschaft und Kinder in Gesetzentwürfen der Regierung zur rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare und Familien" fährt Eoin Collins fort.

"Das Vorhandensein eines rechtlichen Rahmens für die Elternschaft mit dem Wohl des Kindes als wegweisendem Prinzip hilft auch von Anfang an bei der Klärung der Pflichten und Verantwortlichkeiten", sagt Eoin Collins. "Solch ein rechtlicher Rahmen sollte helfen, zukünftig das gefühlsmäßige Trauma zu vermeiden, denen alle Parteien in diesem Verfahren ausgesetzt waren", fährt Eoin Collins fort.

Ein schwuler Freund eines lesbischen Paares, der einer der Frauen sein Sperma mit dem Ergebnis der Geburt eines Jungen spendete, der jetzt fast zwei Jahre alt ist, ist mit seiner bahnbrechenden Klage auf Vormundschaft für das Kind vor dem obersten Zivilgericht gescheitert. Außerdem ist ihm der Zugang verwehrt worden.

IRLAND: GEMISCHTE REAKTION AUF PLÄNE FÜR EINE ZIVILE PARTNERSCHAFT

Quelle: Carl O'Brien, Irish Times, 02. April 2008

Schwule Gleichstellungsgruppen haben die neue Gesetzgebung zur Zivilen Partnerschaft, in der zahlreiche Vergünstigungen und Pflichten der Ehe auf gleichgeschlechtliche Paare ausgedehnt werden, unterschiedlich begrüßt.

Die Irish Times berichtete gestern, dass die Grundzüge eines neuen Gesetzentwurfs abgeschlossen seien, nach dem gleichgeschlechtliche Partner/innen eheähnliche Vergünstigungen in einer Reihe von Bereichen wie Eigentum, Sozialversicherung, Erbfolge, Unterhaltszahlung, Renten und Steuer in Anspruch nehmen könnten. Allerdings wird darin trotz einer intensiven Kampagne von schwulen Gleichstellungsgruppen kein Recht für gleichgeschlechtliche Paare enthalten sein, als gemeinsame Adoptiveltern berücksichtigt zu werden.

Das Gleichstellungsnetzwerk für Lesben und Schwule (GLEN) erklärte, der vorgestellte Gesetzentwurf könnte den Lebensablauf von Tausenden von Lesben und schwulen Paaren radikal verändern. "Dies ist eine Reform, deren Zeit gekommen ist", sagte Kieran Rose von GLEN. Allerdings erklärte die Gruppe, es wäre entscheidend, ein Rahmenwerk zu vereinbaren, das von lesbischen und schwulen Paaren erzogenen Kindern erlaube, eine rechtliche Verbindung mit ihren Eltern zu etablieren.

Die Lobbygruppe MarriageEquality brachte ihre Enttäuschung zum Ausdruck, dass die neue Gesetzgebung die Kinder schwuler und lesbischer Menschen "außerhalb des Rechts" belasse. Die Ko-Vorsitzende der Gruppe, Gráinne Healy, erklärte, Gleichstellung für schwule und lesbische Paare würde nur erreicht werden, wenn ihnen erlaubt würde, zu heiraten und alle Rechte und Vergünstigungen zu haben, in deren Genuss verheiratete heterosexuelle Paare automatisch kämen. "Während jede Gesetzgebung in dem Bereich – wo es bisher keine gegeben hat – willkommen ist, löst es großes Bedenken aus, wenn die Berichte der Wahrheit entsprechen, dass schwule und lesbische Menschen weiterhin nicht die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare genießen", sagte sie.

GRIECHENLAND ERWÄGT ANERKENNUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER PAARE

Quelle: Pink News, 02. April 2008, www.pinknews.co.uk/news/articles/2005-7284.html

Griechische Behörden erwägen die Verabschiedung eines Gesetzes, das gleichgeschlechtlichen Paaren erlauben würde, durch eine zivile Zeremonie anerkannt zu werden, berichtete das NET TV des Landes am 31. März. Das griechische Ministerium versprach, eine Arbeitsgruppe zu den Rechten schwuler zusammen lebender Paare einzusetzen, in der "alle Seiten des Themas, die internationale Praxis sowie der in Griechenland bestehende rechtliche und soziale Rahmen analysiert werden".

Die von den Neuen Demokraten geführte Regierung wird wahrscheinlich im Laufe des Jahres eine Gesetzgebung vorlegen, die unverheirateten Paaren mehrere Rechte anbietet. Der Justizminister hat in den Medien angekündigt, dass die Regierung gegen Diskriminierung sei und deshalb gleichgeschlechtliche Verbindungen in die Gesetzgebung einbeziehen werde.

Diese Ankündigung hat Ärger in der griechischen Orthodoxen Kirche ausgelöst. Bischof Anthimos von Thessaloniki erklärte, dass eine solche Entscheidung das Menschengeschlecht erniedrigen und "sie Tieren gleichstellen" würde. Allerdings hat sich Erzbischof Ieronymos von Athen vom Standpunkt der Heiligen Synode zur Frage des Zusammenlebens unverheirateter Paare distanziert und erklärt, dass die Kirche "offener und weniger moralistisch" sein sollte.

Die die Kirche leitende Synode beschrieb das Vorhaben der griechischen Regierung, unverheirateten de facto Paaren die gleichen Rechte wie ihren verheirateten Ebenbildern zu verleihen, als eine "katastrophale Bombe", die die griechische Gesellschaft bedrohe, und verglich das Vorhaben mit "Prostitution".

Die griechische Regierung hofft, dass die neue Gesetzgebung auf der Linie ähnlicher Gesetze in Europa ist.

BULGARIEN WILL ZIVILE PARTNERSCHAFT EINFÜHREN, ABER NUR FÜR HETEROPAARE

Von Aksinia Gencheva, GBO Gemini

Willkommen zur Bilanz 2007 in der Kolumne über Beschwerden und Würdigungen! 98 % der Berichte über schwule Themen in Bulgarien enthielten 2007 tief betrübende Ereignisse, angefangen von den schrecklichen Dingen, die Eltern ihren Kindern antun, bis zu den gruseligen Dingen, die Menschen mit IHREM Körper tun. Die Schlussfolgerungen, was traurig ist und was Lob verdient, überlassen wir Ihnen. Bulgarien ist bereits seit einem Jahr Vollmitglied in der Europäischen Union. Theoretisch ist das so. Praktisch leben wir aber immer noch in der prähistorischen, (nach)kommunistischen und Balkangesellschaft, die den "ANDEREN" zurückweist. "Der ANDERE" ist Spott, Beleidigungen, Klatsch und Schikanen ausgesetzt und hat keine Rechte. Das ist so, weil die Gesellschaft glaubt, dass er, der ANDERE, auf Privilegien besteht, nicht auf Rechten. Der ANDERE, der anders ist, hat nicht das Recht, für ein normales Leben zu kämpfen, die Luft "der Normalen" zu atmen, IHRE Restaurants zu besuchen, zu IHNEN zu sprechen, weil ER SIE moralisch verdirbt, und überhaupt wäre es das Beste, wenn der ANDERE überhaupt nicht in Erscheinung tritt, weil ER unsere zerbrechliche Normalgesellschaft demoralisiert.

Das bulgarische Familiengesetzbuch, das Gesetz in dem die Beziehungen zwischen Familien und Kindern geregelt werden, ist zuletzt geändert worden, als ich noch in den Kindergarten ging. Vielleicht glauben die bulgarischen Politiker/innen, das Familienkonzept ist immer noch so, wie es vor 2000 Jahren war. Es ist überraschend, dass Frauen einer Kuh und anderem (beweglichen) Eigentum nicht gleichgestellt sind, wenn es um die Aktualität des Familiengesetzbuchs geht. Das Familiengesetzbuch ist jetzt geändert worden und wird (wahrscheinlich) eine neue Familieninstitution beinhalten – die zivilen Partnerschaften. Über 54 % der Paare in Bulgarien (hetero- und homosexuell) leben in einer Partnerschaft, auch wenn sie rechtlich nicht anerkannt wird. Wenn jetzt das Familiengesetzbuch geändert wird, wird es erneut die zivile Partnerschaft auf eine Verbindung zwischen "einem Mann und einer Frau" einschränken (wie es auch in der bulgarischen Verfassung festgelegt ist).

Es ist enttäuschend, mit anzuschauen, wie die bulgarischen Politiker/innen die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau als eine Garantie für die Gesundheit und die Sicherheit der Kinder und eine Hauptstütze der Gesellschaft verteidigen. Die Ehe ist ein Deal, ein Vertrag zwischen zwei Menschen zueinander zu stehen, Geld im gemeinsamen Sparschwein zu sparen und mindestens eine/n Steuerzahler/in hervorzubringen. Das Problem ist, dass die schwule Familie kein "wirkliches" Problem darstellt. Die verheirateten Schwulenfamilien haben den Haushalt des Gesundheitssystems nicht

stranguliert, noch haben sie die Liste mit Medikamenten für Menschen mit Krebs verknapppt. Die bulgarische Gesellschaft ist ganz allgemein verärgert, weil WIR SIE mit UNSEREN Problemen belästigen - weil wir eine Minderheit sind? Nun, es sind "nur" 9.000 Kinder, die in Einrichtungen oder Waisenhäusern in Bulgarien leben, warum also die ganze Gesellschaft mit ihren Problemen ärgern!?

"Der Staat" sollte sich mehr Sorgen um seine Kinder machen. Die tatsächlichen Probleme, denen sie ausgesetzt sind, sind die Armut, der Mangel an Ausbildung, die Gewalt in der Schule und nicht die Heiraten von Schwulen. Aller Schutz der Regierung für die Jüngsten sollte Maßnahmen für die physische und psychische Stabilität der Kinder, bessere und sicherere Schulen, höhere Familieneinkommen und ein geringeres Risiko von Verbrechen und Gewalt gegen Kinder umfassen - und nicht, was ihre Eltern im Bett tun oder lassen.

Während Sie dies lesen, gibt es immer noch Psychiater/innen und Psychologen/innen in Bulgarien, die Ihnen das Versprechen abgeben, Sie oder Ihre/n Tochter/Sohn von der Homosexualität zu heilen. Heute, in Bulgarien, im Jahr 2008! Das geschieht in einem Land, das offiziell und öffentlich Vorurteile und Diskriminierung gegen einen Teil seiner Bevölkerung mit einer Reihe von Gesetzen, einschließlich eines, das ihnen verbietet, eine Familie zu haben, feiert! Gott segne uns, heroisches Mutterland!

Die jüngste Forschung macht deutlich, dass 50 % der Bulgaren/innen ihr schwules Kind zurückweisen. Fröhliche Weihnachten, Kinder. Drei Millionen neunhundertachtundfünfzig Personen in Bulgarien glauben, dass ihr Kind einen technischen Defekt habe und mit allen Mitteln repariert werden müsse. Sind Sie, meine lieben Heterosexualisten so sündenfrei, fehlerfrei und perfekt produziert, um zu entscheiden, was akzeptabel ist und Sie also nicht zurückweisen würden? Ich schäme mich, in einem Land zu leben, in dem die meisten der fruchtbaren Erwachsenen die Produktion ihrer zukünftigen Zeitgenossen/innen mit dem Hauptzweck perfekt produzierter Hardware programmieren, die in vorgegebene Parameter passt – Augenfarbe, Haare, Gewicht, Größe, Anzahl von Nachkommen und so weiter. Einige von Ihnen, meine lieben Heterosexuellen, verdienen ihre eigenen Kinder nicht.

UMFASSENDE EUROPÄISCHE STUDIE ZU RECHTEN VON TRANSGENDER-PERSONEN UND IHREN ERFAHRUNGEN IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG VERÖFFENTLICHT

Quelle: Medienmitteilung der ILGA-Europa und TransGender Europa, 18. April 2008

Die ILGA-Europa und TransGender Europa haben den ersten umfassenden Bericht über die Erfahrungen von Transgender-Personen in der Gesundheitsversorgung in der Europäischen Union veröffentlicht. Dieser Bericht ist ein Ergebnis der größten und umfassendsten Datensammlung der von Transgender-Personen bis heute gemachten Erfahrungen.

Die rechtliche Übersicht bestätigte, dass nur sehr wenige Staaten die in Europa verfügbaren möglichen Schutzmaßnahmen für Transgender-Personen vollständig in die Realität umgesetzt hatten. Einige haben nur sehr kleine Fortschritte gemacht und ihre Transgender-Bürger/innen weiter um ihre Sicherheit fürchten lassen. Sie können wegen der Diskriminierung nicht arbeiten gehen und sind großen Schwierigkeiten ausgesetzt, Zugang zur gesamten Gesundheitsversorgung zu gewinnen, nicht nur zu Dienstleistungen im Rahmen einer Geschlechtsumwandlung.

Das Versagen von Staaten, Richtlinien und wichtiges Fallrecht des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen, hat ein geteiltes Europa hinterlassen. Einige wenige seiner Transgender-Bürger/innen haben einen wirklich problemlosen Zugang zu Medizin und Ihren Rechten, aber selbst dann ist kein Staat in allen Bereichen perfekt und nur wenige Länder sind in diesem Bereich gut.

Weitere durch die Umfrage festgestellte Probleme sind:

- Weigerung von Staaten, eine Hormonbehandlung zu bezahlen
- Weigerung von Staaten, akzeptable grundlegende Operationen zu bezahlen
- Verweigerung aller Behandlungen, weil ein/e Gesundheitsdienstleister/in mit einer Geschlechtsumwandlung nicht einverstanden war
- Informationsmängel über Transgenderfragen bei Gesundheitsdienstleistern/innen
- Vermeidung gewöhnlicher Gesundheitsversorgung wegen vorweggenommener Vorurteile von Gesundheitsdienstleistern/innen

Justus Eisfeld, Vorsitzender von TransGender Europa, erklärte:

"Dieser Mangel an Respekt vor den grundlegenden Menschenrechten von Transgender-Personen muss aufhören. Wir fordern die europäischen Institutionen auf, die Grundrechte ihrer Bürger/innen durchzusetzen, mit Respekt und Würde behandelt zu werden."

Deborah Lambillotte, Ko-Vorsitzende im ILGA-Europa-Vorstand, erklärte:

"Die ILGA-Europa ist stolz, diesen wichtigen Bericht vorzulegen. Zum ersten Mal sind Diskriminierung und Vorurteile, denen Transgender-Personen in Europa ausgesetzt sind, bestätigt und durch eine solch umfassende europäische Studie belegt worden. Wir hoffen, dass diese Studie ein nützliches Rüstzeug für Aktivist*innen und Interessenvertreter*innen von Transgender-Rechten wird. Wir hoffen auch, dass die in der Studie enthaltenen Empfehlungen von relevanten europäischen Institutionen gehört und angenommen werden, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Rechte von Transgender-Personen vollständig erfasst und angesprochen werden, wenn sich mit der Frage im Rahmen von Gleichstellung und Antidiskriminierung befasst wird."

Diese Studie wird auf dem zweiten Rat von TransGender Europa vom 02. bis 04. Mai in Berlin vorgestellt.

Eine PDF-Version der Studie ist verfügbar auf der Website der ILGA-Europa unter:

www.ilga-europe.org/europe/publications/non_periodical

GEMEINSAM STÄRKER – GLEICHSTELLUNG VON TRANS-PERSONEN BEI UNISON

Von Carola Towle, Nationale Mitarbeiterin bei UNISON, LGBT-Gleichstellung

Trans-Personen¹ sind in hohem Maße Vorurteilen und Diskriminierung im Erwerbsleben ausgesetzt. Wenn Menschen isoliert sind, sind sie besonders verletzlich. Es gibt die Gewerkschaften, um Rechte von Arbeitern/innen zu verteidigen. Sie verwirklichen das mit der Stärke einer gemeinsamen Organisation und gemeinsamer Aktivitäten. Also sollte das perfekt zusammenpassen. Der selbstverständliche Platz für alle Trans-Arbeiter/innen sollte in ihrer Gewerkschaft sein.

Aber das ist nicht immer so.

Viele Trans-Personen – sogar die, die sich als Gewerkschafter/innen betrachten – dürften nicht erwarten, dass Gewerkschaften die Gleichstellung von Trans-Personen verstehen und darauf eingehen. Viele Gewerkschaften haben ihre Verantwortung gegenüber ihren Trans-Mitgliedern und möglichen Mitgliedern nicht bedacht.

Aber das ändert sich. Im vergangenen Jahr gaben zwei weltweite Gewerkschaftsverbände, Education International [Ausbildung International] und Public Services International (PSI) [Öffentlicher Dienst International], die zusammen über 50 Millionen Arbeiter/innen in 950 Gewerkschaften repräsentieren, einen Leitfadens mit bewährten Praktiken für die Gleichstellung von Trans-Personen und LGBT heraus. In diesem Jahr entwickelt der Dachverband für Gewerkschaften in Europa, die ETUC [European Trade Union Confederation = Konföderation Europäischer Gewerkschaften] gemeinsame Aktivitäten mit der ILGA-Europa zur Gleichstellung von LGBT.

UNISON, die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst im Vereinigten Königreich, ist Mitglied in PSI und ETUC. Wir haben eine Tradition der Selbstorganisation – wer von einem Problem betroffen ist, übernimmt die Führung beim Herausfinden von Lösungen.

Wie so oft begann alles mit einigen wenigen aufbegehrenden Personen und wuchs von da aus schnell an. Wir haben ein wachsendes Trans-Netzwerk, das sich zweimal im Jahr auf nationaler Ebene trifft; einmal auf einem Treffen nur für Trans-Personen und einmal auf der jährlichen LGBT-Konferenz. Trans-Mitglieder wirken jetzt auf allen Ebenen unserer Gewerkschaft mit. Eine Reihe von Personen ist in leitende Positionen gewählt worden. Es gibt für Trans-Vertreter/innen reservierte Sitze in unserem nationalen LGBT-Ausschuss und Trans-Mitglieder haben ebenso andere Mandate inne. Die Trans-Interessenvertretung gestaltete besondere Anwerbeinformationen, die Trans-Arbeiter/innen als Zielgruppe haben. Wir bieten ein Informationsblatt über die Verhandlungen zur Gleichstellung von Trans-Arbeitern/innen und einen Einführungsleitfaden für Gewerkschaftsvertreter/innen zur Unterstützung von Trans-Mitgliedern an. Sie sind auf unserer Website zu finden www.unison.org.uk/out. Wir haben die Arbeitsweise unserer eigenen Organisation überprüft – und sichergestellt, dass unsere Organisation für Trans-Personen funktioniert, einschließlich für die, die sich während ihrer Mitgliedschaft transformieren.

Es ist nicht alles perfekt. Es gibt 1,3 Millionen Mitglieder in unserer Gewerkschaft – ein ziemlich guter Querschnitt durch unsere Gesellschaft – und natürlich haben nicht alle unsere Trainingsangebote zur LGBT-Gleichstellung besucht. Aber die Regeln der Gewerkschaft sind klar. UNISON hat zum Ziel, sich für die Ausmerzung der Diskriminierung aufgrund aller Diskriminierungsmerkmale einzusetzen, einschließlich der Geschlechtsidentität, und die Rechte aller Mitglieder zu schützen, mit Würde und Respekt behandelt zu werden.

UNISON braucht ihre Trans-Mitglieder und die Trans-Mitglieder brauchen ihre Gewerkschaft. Das Motto der UNISON LGBT-Gruppe lautet: Gemeinsam stärker – was gibt es da mehr zu sagen.

¹ [Der Begriff Trans-Personen scheint sich als neuer Sammelbegriff für alle anderen Geschlechtsidentitäten als die traditionellen von Mann und Frau zu etablieren und den bisher verwendeten Sammelbegriff Transgender in Abgrenzung zu Schwulen, Lesben und Bisexuellen abzulösen.]

NEUES RÜSTZEUG FÜR LGBT-FRAGEN IN DEN MEDIEN

Von Ann von Below, LGL

Während eines von der Litauischen Schwulenliga (LGL) veranstalteten Seminars in Vilnius mit dem Titel "Wie stoppen wir soziale Ausgrenzung von LGBT in der Gesellschaft und den Medien?" wurde die Publikation "Medien für die Vielfalt. LGBT in den Nachrichten – ein Rüstzeug für eine bessere Berichterstattung" vorgestellt. Diese in englischer Sprache veröffentlichte Broschüre ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen LGBT-Aktivist*innen und Medienexperten*innen aus Litauen, Lettland und Schweden.

In erster Linie stellt sie ein Rüstzeug für Aktivist*innen und Medienfachleuten dar. Hauptzielgruppen sind Journalist*innen, NGO-Aktivist*innen und Vertreter*innen nationaler Institutionen sowie die Europäische Kommission. Sie bietet einen Leitfaden zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung in den Medien.

Diese Initiative von LGL entstand aus dem Wunsch heraus, die Art und Weise, wie LGBT in den Medien oft dargestellt wird, zu ändern. Es ist eine Pilotinitiative mit Wachstumspotential. Eines der grundlegenden Probleme ist, dass ausgesprochene Ignoranz oder sogar blanke Homophobie in der litauischen Presse immer noch weit verbreitet sind. Das zementiert nicht nur feindselige Einstellungen gegenüber LGBT in der Öffentlichkeit, sondern trägt wahrscheinlich auch dazu bei, sie weiterzuentwickeln. Darüber hinaus geht die Möglichkeit verloren, dass Medien als Mittel für die Information der Öffentlichkeit über LGBT, zur Verbreitung von Problembewusstsein und zur Ermutigung von Toleranz genutzt werden können.

Diese Initiative ist ein erster Schritt zur Bekämpfung dieses Trends. Sie zielt zunächst und in erster Linie auf Aktivist*innen und Medienexperten*innen, die sich mit diesen Fragen befassen und ihre Kenntnisse dafür verbessern wollen. Die Idee ist, einen kleinen aber sichereren Gegentrend gegen Ignoranz und Homophobie zu etablieren sowie Medien, die LGBT eher nützlich als schädlich sein könnten, zu stärken.

Die Zusammenarbeit mit Lettland machte nicht überraschend eine sehr ähnliche Situation wie in Litauen deutlich. Die Hinzunahme von Schweden sorgte ebenfalls ohne Überraschung für eine unterschiedliche Sicht. Angesichts einer eindrucksvollen Erfolgsspur erfolgreicher Zusammenarbeit mit den Medien, trugen die schwedischen Mitwirkenden zu den Vorschlägen sicherlich ein gerüttelt Maß bewährter Praxis bei.

Allerdings warf die Anwesenheit der Schweden auch ein Schlaglicht auf die Bedeutung der gesamten Frage. Eine gute Berichterstattung in den Medien ist auch in Schweden keinesfalls selbstverständlich. Schon ein schlecht informierte/r Reporter/in könnte, wenn auch unschuldig, immer noch Stereotype und Ablehnung bekräftigen.

Diese Veröffentlichung kann in Kürze heruntergeladen werden unter:

www.lgjf.lt und www.atviri.lt

**AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN FÜR ARBEITSKREISE:
ZWEITE INTERNATIONALE WORLD OUTGAMES KONFERENZ, KOPENHAGEN 2009**
Von Jonatan Porsager, Projektmanager, World Outgames 2009

Die zweite internationale Konferenz zu LGBT-Menschenrechten der World Outgames in Kopenhagen findet vom 27. bis 29. Juli 2009 statt. Es werden 1.000 Delegierte/innen aus aller Welt zur Teilnahme an der dreitägigen Konferenz erwartet, die Bestandteil der World Outgames 2009 ist. Die Konferenz wird im neuen und spektakulären Konzertsaal des Dänischen Rundfunks abgehalten und das Programm glänzt mit einer großen Palette hochprofilierter internationaler Redner/innen.

Mit diesem Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für Arbeitskreise laden wir Sie ein, einen Arbeitskreis für die Konferenz vorzuschlagen.

Jeder Vorschlag, der sich auf die Konferenzthemen bezieht und mit dem Ziel der Gleichstellung von LGBT vereinbar ist, wird berücksichtigt.

Das Fristende für die Einreichung von kurzen inhaltlichen Darstellungen für Arbeitskreisvorschläge ist der 01. Oktober 2008.

Das Einreichen eines Vorschlags bedeutet nicht gleichzeitig auch die Anmeldung zur Konferenz. Um sich für die World Outgames 2009 anzumelden, müssen Sie die Konferenzgebühr bezahlen.

Um sich einen Platz auf der Konferenz zu reservieren, sollten Veranstalter/innen von Arbeitskreisen sich so früh wie möglich anmelden, auch, wenn sie ihren Arbeitskreisvorschlag noch nicht eingereicht haben oder noch keine Nachricht erhalten haben, ob ihr Vorschlag angenommen worden ist. Außerdem müssen Veranstalter/innen von Arbeitskreisen für ihre Reise- und Unterbringungskosten selbst aufkommen.

Finanzielle Unterstützung

Teilnehmer/innen, die die Konferenzgebühr und/oder ihre Reise- und Unterbringungskosten nicht bezahlen können und insbesondere Teilnehmer/innen aus anderen Ländern und Regionen als [also nicht aus] Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika, Westeuropa, Israel, Japan, Australien und Neu Seeland können sich beim Outreach Programme bewerben. Das Fristende für Bewerbungen im Rahmen von Outreach ist der 01. Oktober 2008.

www.copenhagen2009.org/Conference.aspx